

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

- a) zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Stephan Brandner, Alexander Arpaschi, Carsten Becker, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 21/2213 –

Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Sommerzeit

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Stephan Brandner, Alexander Arpaschi, Adam Balten, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 21/2227 –

Belastende Zeitumstellung auf EU-Ebene abschaffen – Dauerhafte Beibehaltung der Normalzeit

A. Problem

Sowohl in Deutschland als auch im übrigen Gebiet der Europäischen Union wird zweimal jährlich die Zeit umgestellt. Bereits im Jahr 2018 ergab eine von der EU-Kommission durchgeführte Befragung, an der 4,6 Millionen EU-Bürgerinnen und EU-Bürger teilnahmen, dass 84 Prozent der Teilnehmenden die Zeitumstellung ablehnen.

Zu Buchstabe a

Durch den Gesetzentwurf soll das Einheiten- und Zeitgesetz so geändert werden, dass eine Zeitumstellung auf die Sommerzeit nicht mehr möglich ist.

Zu Buchstabe b

Die antragstellende Fraktion fordert die Bundesregierung auf, sich im Europäischen Rat für die Durchführung von Abstimmungen zu der Frage, ob die Normal-

zeit (Winterzeit) oder die Sommerzeit dauerhaft beibehalten werden soll, und für die Abschaffung der Sommerzeit in der EU einzusetzen.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 21/2213 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 21/2227 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Annahme des Gesetzentwurfs.

Zu Buchstabe b

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Gesetzentwurf auf Drucksache 21/2213 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 21/2227 abzulehnen.

Berlin, den 5. November 2025

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Christian Frhr. von Stetten
Vorsitzender

Dr. Andreas Lenz
Berichterstatter

Jörg Cezanne
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Andreas Lenz und Jörg Cezanne

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Gesetzentwurf auf **Drucksache 21/2213** wurde in der 34. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. Oktober 2025 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Innenausschuss und den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 21/2227** wurde in der 34. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. Oktober 2025 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Innenausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

In der Europäischen Union wird zweimal jährlich die Zeit umgestellt. Eine von der Europäischen Kommission im Jahr 2018 in den damaligen 28 Mitgliedstaaten durchgeführte Befragung ergab, dass 84 Prozent der Teilnehmenden eine Abschaffung der Zeitumstellung befürworteten. Eine aktuelle Umfrage in Deutschland aus dem Jahr 2025 bestätigte diese Tendenz: Rund 70 Prozent der Befragten halten die Zeitumstellung für überflüssig und sprechen sich für ihre Abschaffung aus.

Zu Buchstabe a

Durch den Gesetzentwurf soll das Einheiten- und Zeitgesetz so geändert werden, dass eine Zeitumstellung auf die Sommerzeit nicht mehr möglich ist, indem in dem Gesetz die Ermächtigung zur Einführung der mitteleuropäischen Sommerzeit gestrichen wird.

Zu Buchstabe b

Die antragstellende Fraktion fordert die Bundesregierung auf, sich im Europäischen Rat für die Durchführung von Abstimmungen zu der Frage einzusetzen, ob die Normalzeit (Winterzeit) oder die Sommerzeit dauerhaft beibehalten werden soll, und sich im Europäischen Rat für die Abschaffung der Sommerzeit in der EU einzusetzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Innenausschuss** hat den Gesetzentwurf auf Drucksache 21/2213 in seiner 15. Sitzung am 5. November 2025 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Gesetzentwurf auf Drucksache 21/2213 in seiner 10. Sitzung am 5. November 2025 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 21/2227 in seiner 15. Sitzung am 5. November 2025 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 21/2227 in seiner 10. Sitzung am 5. November 2025 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 21/2227 in seiner 10. Sitzung am 5. November 2025 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 21/2227 in seiner 10. Sitzung am 5. November 2025 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Zu Buchstabe a

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Gesetzentwurf auf Drucksache 21/2213 in seiner 14. Sitzung am 5. November 2025 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, die Ablehnung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 21/2213 zu empfehlen.

Zu Buchstabe b

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 21/2227 in seiner 14. Sitzung am 5. November 2025 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 21/2227 zu empfehlen.

Berlin, den 5. November 2025

Dr. Andreas Lenz
Berichtersteller

Jörg Cezanne
Berichtersteller

